

1 **Zeit zum Handeln:**  
2 **Die Auszubildenden brauchen jetzt das**  
3 **Auszubildendenwerk!**

4  
5 Die Landesdelegiertenversammlung der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
6 Senat, die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, sowie an den SPD  
7 Landesparteitag beschlossen:

8  
9 Der Senat wird aufgefordert:

- 10  
11 1.) die Gründung eines Auszubildendenwerks zu unterstützen, welches, als  
12 gemeinnützige Stiftung organisiert, durch Zustiftungen der Hamburgischen  
13 Wirtschaft, sowie durch die FHH, finanziert wird und neben der Bereitstellung  
14 von Wohnraum auch ausreichende pädagogische Angebote für minderjährige  
15 Auszubildende bereitstellt.  
16 2.) bis zum Ende der Sommerpause einen Standort für ein  
17 Auszubildendenwohnheim mit mindestens 500 Plätzen bereitzustellen, sowie die  
18 nötigen Verfahren zügig durchzuführen, so dass noch im Jahr 2013 eine  
19 Baugenehmigung für ein Auszubildendenwohnheim in der genannten  
20 Größenordnung erteilt werden kann.  
21 3.) bis Ende 2013 eine Liste von möglichen Standorten für weitere  
22 Auszubildendenwohnheime zu erstellen, die in den kommenden Jahren gebaut  
23 werden können, um dem Bedarf von mindestens 1000 Wohnheimplätzen pro  
24 Ausbildungsjahr nachzukommen.

25  
26 **Begründung:**

27  
28 Die SPD hat bereits im November 2010 auf dem Landesparteitag beschlossen, dass ein  
29 Auszubildendenwerk für die Verbesserung der sozialen Lage von Auszubildenden  
30 notwendig ist. Auch wurde damals schon auf den hohen Bedarf an Wohnraum für  
31 Auszubildende mit pädagogischer Begleitung hingewiesen<sup>1</sup>.

32  
33 In Hamburg befinden sich fast 40.000 junge Menschen in einer dualen  
34 Berufsausbildung. Die hohen Lebenshaltungs- und insbesondere Mietkosten in  
35 Hamburg belasten eine Vielzahl der Auszubildenden in erheblichem Maße. Im  
36 Durchschnitt liegt die Ausbildungsvergütung im ersten Ausbildungsjahr in Hamburg  
37 nach Angaben des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BIBB) bei 664 Euro brutto  
38 monatlich (Zahlen aus 2012). Die Ausbildungsvergütungen alleine reichen daher häufig  
39 nicht aus, die Lebenshaltungskosten zu decken.

40  
41 Zwar wohnen viele der vor allem minderjährigen Auszubildenden in Hamburg noch bei  
42 ihren Familien. Jedoch kommen alleine über 40 Prozent der Auszubildenden gar nicht  
43 aus Hamburg. Diese Jugendlichen sind unweigerlich mit hohen Miet- oder Fahrtkosten  
44 konfrontiert. Dies betrifft in besonderer Weise die minderjährigen Auszubildenden (ca.  
45 30% bei Ausbildungsbeginn). Für sie müssen nach dem „Heimrecht“ bei

<sup>1</sup> Beschluss BA3 des Landesparteitags der SPD Hamburg vom 06.11.2010

46 Wohnangeboten begleitende pädagogische Unterstützungsangebote vorgehalten  
47 werden.

48

49 Doch auch Auszubildende und junge Hamburgerinnen und Hamburger im Allgemeinen  
50 würden von einem Azubiwohnheim profitieren. Zwar werden seit der  
51 Regierungsübernahme durch die SPD im Jahr 2011 endlich wieder viele Wohnungen in  
52 Hamburg gebaut. Dennoch ist der Druck auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere für  
53 junge Menschen immer noch enorm hoch. Zielgruppenorientierte Baumaßnahmen, wie  
54 der Bau von Wohnheimen für Studierende oder Auszubildende, sind für uns zur  
55 Bekämpfung des Wohnungsmangels in Hamburg gerade deshalb auch von sehr hoher  
56 Bedeutung, weil sie nicht nur denjenigen zugute kommen, die einen Platz in den  
57 jeweiligen Wohnheimen erhalten, sondern auch insgesamt den Markt entlasten und so  
58 jungen Menschen zugute kommen.

59

60 Andere Städte gehen hier mit gutem Beispiel voran: In München werden beispielsweise  
61 30.000 Auszubildende mit 2.500 Wohnheimplätzen unterstützt. Weitere Wohnheime  
62 werden gebaut. Dennoch übersteigt auch hier Nachfrage deutlich das Angebot. In  
63 Hamburg gibt es hingegen nicht ein einziges Wohnheim. Dieser Standortnachteil wird  
64 auch von Seiten der Wirtschaft immer stärker kritisiert.

65

66 Zur Lösung dieses Problems hat sich 2008 eine Initiative zur Schaffung eines  
67 Auszubildendenwohnheims gebildet. Diese Initiative hat mittlerweile eine  
68 umfangreiche Konzeption für ein „Auszubildendenwerk“ in Form einer privaten Stiftung  
69 unter Beteiligung der Sozialpartner entwickelt. Die Handelskammer, die  
70 Handwerkskammer, die Unternehmerverbände, Gewerkschafter und viele weitere  
71 Akteure begrüßen und unterstützen diese Initiative.

72

73 Die private Stiftung soll Zustiftungen aus dem Bereich der Wirtschaft und der Stadt  
74 Hamburg erhalten. Eine solide Grundfinanzierung im Rahmen des Stiftungskapitals ist  
75 notwendig, da die Stiftung ohne regelmäßige staatliche Zuwendungen und ohne  
76 Beiträge der Auszubildenden arbeiten soll. Die Schaffung weiterer Wohnheime und eine  
77 Ausweitung der Angebote für Auszubildende können dann aus der Stiftung selbst  
78 realisiert werden. Bei einem Wegfall des Stiftungszweckes oder einer Auflösung der  
79 Stiftung fällt das Vermögen an die Freie und Hansestadt Hamburg.

80

81 Für das erste Auszubildendenwohnheim ist eine zentrale Lage von hoher Bedeutung, da  
82 die Ausbildungsbetriebe der Jugendlichen über ganz Hamburg verstreut liegen, die  
83 Berufsschulen sich hingegen auf Standorte in zumeist zentraler Lage konzentrieren.

84

85 Neben bezahlbarem Wohnraum wird die Stiftung ein pädagogisches  
86 Unterstützungsangebot für die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnheime  
87 anbieten. Dieses Angebot beinhaltet beispielsweise eine Betreuung der minderjährigen  
88 Auszubildenden rund um die Uhr sowie Nachhilfeangebote. Die Pädagogen stimmen  
89 sich mit den Berufsschulen und Betrieben ab und helfen so den Auszubildenden, ihre  
90 Ausbildungsleistung zu verbessern. Ehrenamtliches Engagement und Beteiligung an  
91 den sozialen Strukturen im Wohnheim werden im Auszubildendenwohnheim  
92 ausdrücklich gefördert. Zudem sollen Kooperationen mit Sportvereinen und  
93 Jugendverbänden entstehen, in denen die jungen Auszubildenden einen guten  
94 Ausgleich zu ihrer Arbeit finden können. Weitere Unterstützungs- und  
95 Beratungsangebote wie z.B. eine Beratung zur Ausbildungsfinanzierung sollen allen  
96 Hamburger Auszubildenden zu Gute kommen.

97

98 Die Stärkung der beruflichen Bildung, die Verbesserung der sozialen Lage der  
99 Auszubildenden und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses der Hamburger  
100 Wirtschaft sind erklärte und wichtige Ziele der SPD Hamburg. Mit der Schaffung eines  
101 Auszubildendenwerkes wird die Attraktivität des Hamburger Ausbildungsmarktes in  
102 Zeiten des demographischen Wandels gestärkt. Völlig zu recht hat sich die Hamburger  
103 SPD daher schon vor Jahren zur Einrichtung eines Auszubildendenwerkes bekannt. Zwei  
104 Jahre nach Amtsantritt des SPD-Senats müssen nun endlich Taten folgen. Eine  
105 zusätzliche Bedarfsermittlung durch die Behörde halten wir für unnötig. Sie kostet  
106 wertvolle Zeit in der Planung und beim Bau eines Wohnheims.

107  
108 Auch ist es mit dem Bau eines Auszubildendenwohnheims nicht getan. Kammern,  
109 Gewerkschaften und die Arbeitsagentur rechnen mit einem Bedarf von mehr als 1000  
110 Wohnheimplätzen pro Ausbildungsjahr. Folglich sollten kommenden Jahren weitere  
111 Wohnheime gebaut werden. Aufgrund der angespannten Lage auf dem  
112 Wohnungsmarkt für junge Hamburgerinnen und Hamburger und dem dringenden  
113 Bedürfnis nach einer pädagogisch betreuten Unterbringung für Auszubildende, dürfen  
114 wir keine weitere Zeit verspielen.

115  
116 **Die Hamburger SPD hat den Auszubildenden vor der Wahl die Einrichtung eines**  
117 **Auzubildendenweks versprochen. Es ist an der Zeit, diesem Versprechen**  
118 **nachzukommen.**